Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Wäre die Schließung des Russischen Hauses ein wichtiger Schlag gegen Spionage aus Russland?
2. Kriegstüchtige Geheimdienste (II)
3. „Am Wendepunkt“: Ukraines Ex-Verteidigungsminister sieht Kiew gegen Russland auf Verliererstraße
4. Tamedia-Zeitungen: Der Schwede ist gut, der Russe ist böse
5. Bundesregierung eskaliert den Krieg gegen Russland und überschreitet letzte völkerrechtliche Hürden zur Beteiligung: Endlich Kriegspartei?
6. Vom Reden zum Handeln für den Frieden!
7. Groß-Israel bis zum Litani-Fluss?
8. Alles darf teurer werden – nur die Löhne nicht: Lohndrücker am Werk
9. 200 Bewerbungen, endlich ein Job – doch Jobcenter verweigert Einstiegsgeld zur Grundsicherung
10. Mehr See für alle ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit
11. Studie: Mehr als eine Million Wohnungen fehlen – keine Besserung in Sicht
12. 28 Milliarden Euro Dividende bei VW: Hätte das Management das Geld lieber investieren sollen?
13. Unterkomplexe Erklärungsversuche
14. Campact drängt Unternehmen zu Werbeboykott gegen politisch missliebige YouTube-Kanäle
15. Corona-Sterblichkeit: Aus 1 Prozent wurden 0,3

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie*

doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Wäre die Schließung des Russischen Hauses ein wichtiger Schlag gegen Spionage aus Russland?**
   Ein Gespräch mit Manfred Sapper, Chefredakteur der Monatszeitschrift „Osteuropa“
   Die Bundesregierung denkt darüber nach, das Russische Haus – das von Russland betriebene Kulturinstitut in Berlin – zu schließen, unter anderem, weil es laut französischem Innenministerium und Medienrecherchen eine wichtige Spionage-Zentrale sei. Könnte mit der Schließung des Russischen Hauses also russische Spionage in Deutschland empfindlich gestört werden?
   Darüber sprechen wir auf radio3 mit Manfred Sapper, dem Chefredakteur von der Monatszeitschrift „Osteuropa“.
   Quelle: radio3
2. **Kriegstüchtige Geheimdienste (II)**
   Gegen den von der Bundesregierung gebilligten Gesetzesentwurf zur Machtausweitung der deutschen Geheimdienste wächst der Protest. Datenschutzexperten, Ärztekammern, Journalisten und Politiker der Opposition üben heftige Kritik. Die Regierung will den deutschen Geheimdiensten mit einem neuen Gesetz umfassende neue Handlungsspielräume öffnen. Dabei soll unter anderem der Zugriff der Dienste auf IT-Systeme insgesamt erleichtert, die Speicherung von Daten verlängert und die Auswertung automatisiert werden. Auch sogenannte Onlinedurchsuchungen sollen die Dienste künftig durchführen dürfen. Entscheidende Neuerung ist, dass die Geheimdienste das erste Mal seit dem Ende des deutschen Faschismus wieder zu sogenannten operativen Maßnahmen ermächtigt werden. Im Namen der Abwehr sogenannter hybrider Angriffe treibt Berlin die Verwischung der Grenzen zwischen Polizei, Geheimdienst und Militär weiter voran und nivelliert die Unterscheidung zwischen äußerem Feind und inneren Kritikern zusehends. Das neue Geheimdienstgesetz ist ein weiterer Schritt auf dem Weg der Bundesrepublik in die sogenannte Strategische Autonomie, die militär- und machtpolitische Unabhängigkeit von anderen Staaten, insbesondere von den USA.
   Quelle: German Foreign Policy
3. **„Am Wendepunkt“: Ukraines Ex-Verteidigungsminister sieht Kiew gegen Russland auf Verliererstraße**
   „Korruption, Vetternwirtschaft, ein kaum funktionierender Staat – Fedorow rechnet mit Selenskyjs Regierung ab. Der Präsident wirft ihm eine

Milliardenlücke im Rüstungsetat vor.
Der frühere ukrainische Verteidigungsminister Mychajlo Fedorow hat die Führung in Kiew vor einer schleichenden Niederlage im Krieg gegen Russland gewarnt. In einem am Dienstag veröffentlichten Exklusivinterview mit der Nachrichtenagentur Reuters, über das auch das Fachportal Defense News berichtete, sagte Fedorow, die Ukraine habe nur noch ein Zeitfenster von einigen Monaten, um Entscheidungen zu treffen, die den Kriegsverlauf zu ihren Gunsten wenden könnten.
„Ich glaube, dass es jetzt einen Wendepunkt gibt, der unsere künftige Entwicklung bestimmen wird, aber es sieht so aus, als würden wir schrittweise, langsam verlieren“, zitiert Reuters den 35-Jährigen. Zugleich betonte er, die Ukraine habe „jede Chance“ zu gewinnen, brauche dafür aber dringend einen Plan.
Quelle: Berliner Zeitung

4. **Tamedia-Zeitungen: Der Schwede ist gut, der Russe ist böse**
   Wenn sich jemand aus Russland zur Neutralität äussert, dann ist es übergriffig. Wenn es jemand aus Schweden tut, ist es willkommen.
   Fast schon im Wochen-Rhythmus berichten die vielen Tamedia-Zeitungen in letzter Zeit darüber, dass sich Russland in den Abstimmungs-Kampf zur Neutralitätsinitiative einmische. Manchmal ist die Kritik an der Einmischung offen ausgesprochen, manchmal bloss unterschwellig.
   Quelle: Infosperber
5. **Bundesregierung eskaliert den Krieg gegen Russland und überschreitet letzte völkerrechtliche Hürden zur Beteiligung: Endlich Kriegspartei?**
   „Wir stehen fest an der Seite der Ukraine“, prahlte am Montag dieser Woche der gerade aus seiner Tegernseer Sommerfrische zurückgekehrte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) auf dem Onlinedienst X. Zur gleichen Zeit übergab sein britischer NATO-Waffenbruder, Premierminister Andy Burnham, in Kiew die Konstruktionspläne für den zukünftig gemeinsam mit Frankreich in der Ukraine produzierten Marschflugkörper vom Typ „Storm Shadow“. Die Ukraine hatte diese Waffe bisher gegen weit hinter der Front liegende Logistikziele in Russland eingesetzt. Russland zeigt sich alarmiert. Außenminister Sergej Lawrow kommentierte: „Wissen Sie, es tut mir leid für Großbritannien.“ Russland habe nun „das Recht, die stolz verkündete direkte Beteiligung der britischen Raketentruppen an Angriffen auf die Russische Föderation als Kriegsteilnahme zu betrachten. Mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.“

Quelle: unsere zeit

dazu auch: **Ukrainer über Merz: 64 Prozent Zustimmung – nur ein Politiker schneidet noch besser ab**
In Deutschland fallen die Zustimmungswerte für Kanzler Merz auf Tiefstände. In der Ukraine dagegen bewerten ihn fast zwei Drittel der Befragten positiv. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) kommt in der Ukraine auf deutlich höhere Zustimmungswerte als in Deutschland. Einer Umfrage der Rating Group zufolge äußerten sich 64 Prozent der befragten Ukrainer positiv über den Kanzler. In deutschen Erhebungen liegen die Werte für Merz zuletzt teils unter 20 Prozent.
Für die Umfrage wurde nach der Einstellung der Ukrainer zu internationalen Spitzenpolitikern gefragt. Die höchsten Zustimmungswerte erzielte demnach der französische Präsident Emmanuel Macron mit 79 Prozent. Am schlechtesten schnitt der russische Präsident Wladimir Putin mit einer Ablehnungsquote von rund 97 Prozent ab. Putin hatte im Februar 2022 den bis heute andauernden Angriffskrieg gegen die Ukraine befohlen.
Quelle: Berliner Zeitung

6. **Vom Reden zum Handeln für den Frieden!**
   Der Aufruf eines Deutschen, der sich nicht scheut, klare Maßnahmen zu fordern. Zur Befolgung empfohlen!
   Man stelle sich einen Unternehmer vor, der sich in Endlosschleifen über die Makroökonomie seiner Branche auslässt und theoretisch über perfekte Produkte plaudert, ohne jemals konkrete Schritte auch nur zu benennen, wie er solche Produkte herstellen und damit Geld verdienen will. Wie weit wird er kommen, wenn er ohne Businessplan bei der Bank aufschlägt und einen Geschäftskredit verlangt? Die Friedensbewegung analysiert seit Jahren globale Verflechtungen und verfasst glänzende Petitionen und Appelle. Intelligente Menschen halten flammende Reden – doch wir weigern uns konsequent, den entscheidenden Schritt zu gehen zur konkreten, unverhandelbaren operativen Umsetzung unseres Businessplans für den Frieden.
   Quelle: Globalbridge
7. **Groß-Israel bis zum Litani-Fluss?**
   Die Ideologie und Praxis der Expansion israelischer Macht im Libanon und in Syrien hat klare Konturen. Der Begriff »Gazafizierung« fällt.
   Das Bild ging vor einigen Wochen um die Welt: Israelische Soldat*innen erobern die alte Kreuzfahrer-Burg Beaufort im Süden des Libanon und hissen

die israelische Fahne als Zeichen der Dominanz an diesem strategisch wichtigen und politisch symbolträchtigen Ort der libanesischen Kulturgeschichte.
In den vergangenen zweieinhalb Jahren hat sich im Kontext der militärischen Exzesse Israels immer deutlicher abgezeichnet, dass die israelische Regierung eine »Groß-Israel-Politik« verfolgt. Der Begriff »Groß-Israel« findet deshalb inzwischen auch medial Eingang in die Analysen der israelischen Kriegspolitik. Die gängige Interpretation bringt die Groß-Israel-Politik mit den heute an der israelischen Regierung beteiligten messianischen Siedlervertreter*innen und der faktischen Annexionspolitik der Regierung im Westjordanland sowie mit (Wieder-)Besiedlungsplänen im weithin zerstörten Gazastreifen in Verbindung.
Quelle: nd

dazu auch: **Trotz großer internationaler Kritik:**
„Dies ist unser Land“ – Netanjahu kündigt weiteren Ausbau israelischer Siedlungen an
Die aktuelle israelische Regierung setzt ihren Siedlerkurs unbeeindruckt von Protesten aus dem Ausland fort. Netanjahu prophezeit eine „sehr große Einwanderungswelle“.
Ungeachtet wachsender internationaler Kritik hat Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu einen weiteren Ausbau israelischer Siedlungen im besetzten Westjordanland angekündigt. „Wir können die Zahlen nicht ignorieren: 104 Ortschaften, die wir gemeinsam gegründet und legalisiert haben, und 160 Farmen – und es werden noch mehr kommen“, sagte Netanjahu am Dienstagabend in Jerusalem bei einer Veranstaltung für israelische Siedler in dem Palästinensergebiet.
Die Siedler bereiteten „den Boden für eine sehr große Einwanderungswelle“, sagte Netanjahu weiter: „Ihr verwirklicht die Vision des Landes Israel, und dies ist unser Land.“
Quelle: Tagesspiegel

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Es schert Netanjahu nicht, dass die Siedlungen vollkommen illegal und völkerrechtswidrig sind. Offenbar hat die Kritik von Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien am E1-Projekt gar nichts bewirkt. Wie wäre es mal mit ernsthaften Sanktionen, dem Aussetzen der Handelsbeziehungen (insbesondere, aber nicht nur, Rüstungsexporte), und noch mehr Druck durch die UNO?*

8. **Alles darf teurer werden – nur die Löhne nicht: Lohndrücker am Werk**

„Die Lohn- und die Lohnnebenkosten sind zu hoch.“ Wenn man dieser Endlosschleife aus den Vorstandsetagen und dem Berliner Regierungsviertel glaubt, dann sind die wahren Schuldigen der aktuellen wirtschaftlichen Misere längst ausgemacht. Es sind die Beschäftigten. Sie sind faul, ständig krank und noch dazu viel zu teuer. Hinzu kommt eine in der Arbeiterklasse angeblich weit verbreitete „Vollkasko-Mentalität“ – die Erwartungshaltung, dass der Sozialstaat wirkungsvoll vor den Lebensrisiken Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflegebedürftigkeit schützt und noch dazu ein würdevolles Leben im Alter garantiert. Am schlimmsten sind jedoch die Gewerkschaften, die selbst dann noch an der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, am Achtstundentag und an tariflichen Standards festhalten wollen, wenn die Dividendenausschüttungen nicht mehr ins Unendliche steigen.
Quelle: unsere zeit

9. **200 Bewerbungen, endlich ein Job – doch Jobcenter verweigert Einstiegsgeld zur Grundsicherung**
Wer Grundsicherungsgeld bezieht und einen neuen Job findet, kann zusätzlich Einstiegsgeld erhalten. Ein Detail wurde einem Antragsteller aber zum Verhängnis.
Wer nach monatelanger Arbeitslosigkeit und Hunderten von Bewerbungen endlich eine Stelle findet, hofft auf Unterstützung vom Jobcenter. Doch ein aktuelles Urteil zeigt: Selbst außergewöhnliche Bemühungen bei der Jobsuche reichen bei Bezug von Grundsicherung nicht aus, um Anspruch auf Einstiegsgeld zu begründen.
Quelle: FR Online
10. **Mehr See für alle ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit**
Mit zunehmenden Hitzewellen werden Seen als öffentlicher Erholungsraum wichtiger. Aber große Teile der österreichischen Seeufer werden privat genutzt, was zu sozialen Schieflagen führt. Es braucht mehr öffentliche und freie Seezugänge mit guten Möglichkeiten zum Verweilen und Erholen. Dies ist eine Frage von Gesundheit, sozialer Gerechtigkeit, Daseinsvorsorge sowie guter Planung und Gestaltung. Diesen und vielen weiteren Fragen widmet sich die Österreichische Seenkonferenz (ÖSeeK), die von 24. bis 25. September 2026 in Weyregg am Attersee stattfindet.
Quelle: A&W blog
11. **Studie: Mehr als eine Million Wohnungen fehlen – keine Besserung in Sicht**
Deutschland bräuchte im Jahr 300.000 neue Wohnungen. Tatsächlich kommen aber deutlich weniger hinzu und so staut sich der Bedarf. Inzwischen

verursacht der Wohnungsmangel einer Studie zufolge selbst wirtschaftlichen Schaden.
In Deutschland fehlen einer Studie zufolge bundesweit 1,35 Millionen Wohnungen. „Das Wohnungsdefizit verharrt auf einem Rekordhoch“, teilte das Forschungsinstitut Pestel in Berlin mit. „Es werden so viele Wohnungen gebraucht wie lange nicht. Und es werden so wenige Wohnungen gebaut wie lange nicht. Beides kommt zusammen: Das ist toxisch“, so Pestel-Chef Matthias Günther. Eine Verbesserung der Lage sei nicht absehbar. In Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland, fehlen aktuell 364.000 Wohnungen. In Bayern sind es 220.000, in Baden-Württemberg 201.000, in Berlin mindestens 58.000 und in Hamburg 23.000.
Quelle: n-tv

12. **28 Milliarden Euro Dividende bei VW: Hätte das Management das Geld lieber investieren sollen?**
Die Krise bei VW hat strukturelle Ursachen, besonders das schwache Geschäft in China belastet den Konzern. In der Öffentlichkeit wird erstaunlich wenig darüber gesprochen, welche Verantwortung dafür das Management trägt […] Natürlich sei die Krise auf einen Mix an Ursachen zurückzuführen. „Allerdings hätte man die hohen Ausschüttungen im Sinne der Aktionäre nicht machen müssen.“ Ein Teil des Geldes, Schwope nennt zehn Milliarden, hätte investiert oder schon früher für Restrukturierungen verwendet werden können. Tatsächlich waren die Probleme von VW seit Jahren absehbar, insbesondere in China. Wo mehr Investitionen geholfen hätten? Die Batterieproduktion sei ein Punkt, so Schwope, VW hat die Produktion eigener Batteriezellen erst im vergangenen Jahr in Europa gestartet. Auch die Weiterentwicklung der Produktpalette hätte zusätzliche Investitionen vertragen.
Quelle: der Standard
13. **Unterkomplexe Erklärungsversuche**
Die Veränderungen des Weltklimas werden in der aktuellen Debatte auf eine einzige negative Ursache reduziert: vom Menschen ausgestoßenes CO2. Schwankungen der Sonnenaktivität. Wasser als Wärmespeicher. Meeresströmungen wie El Niño. Der Treibhauseffekt. Vulkanausbrüche, die den Himmel für Monate verdunkeln, … All diese Faktoren können unser Klima beeinflussen und verschiedene Abstufungen von Wärme und Kälte in der Luft verursachen. Die Zusammenhänge sind äußerst dynamisch und fluid — es verbietet sich insofern, eine einzige kausale Erklärung für ein Phänomen absolut zu setzen. Glauben wir jedoch den Mainstreammedien, so scheinen tiefer gehende Analysen gar nicht mehr notwendig zu sein. Die Ursache ist

bekannt: Wir Menschen sind es und das von uns infolge von Industrietätigkeit, Verkehr und Tierhaltung ausgestoßene CO2. Es scheint fast eine Art Schuldeitelkeit dahinterzustecken. Wir wollen partout die einzigen Verursacher sein, und diejenigen, die noch nicht zerknirscht genug sind, werden von der Politik auf Linie gebracht. Menschen sind dadurch manipulierbar, Freiheitseinschränkungen erhalten eine wohlfeile Begründung. Der Autor ruft hier eine Reihe weiterer wichtiger Klimafaktoren ins Gedächtnis und ergänzt monokausale Erklärungsmuster zu einem vollständigeren Bild.
Quelle: Manova

14. **Campact drängt Unternehmen zu Werbeboykott gegen politisch missliebige YouTube-Kanäle**
Die Kampagnenorganisation Campact hat eine schwarze Liste von politisch missliebigen YouTube-Kanälen erstellt und ausgeforscht, wessen Werbung dort zu sehen war. Nun macht sie Druck auf die betreffenden Unternehmen, sich an einem Werbeboykott gegen die gelisteten Kanäle zu beteiligen.
Campact ist ein politisch der SPD und den Grünen nahestehender Verein mit 12 Mitgliedern und Einnahmen im letzten Jahr von 26 Millionen Euro.
Die Kriterien, anhand derer Campact die Kanäle auf die schwarze Liste gesetzt hat, die von Tichys Einblick veröffentlicht wurde, sind vage. (…)
In einer Pressemitteilung vom 24. August beschreibt Campact sein Vorgehen. Der Verein entwickelte ein Online-Tool, mit dem seine Anhänger und Mitstreiter melden konnten, welche Werbung sie auf rund 60 missliebigen YouTube-„Hetz“-Kanälen fanden. Rund 15.000 Menschen hätten knapp 40.000 Werbeanzeigen gemeldet. Von 90 „relevanten“ Unternehmen seien mehrere Anzeigen gefunden worden. Diese seien alle angeschrieben und aufgefordert worden, die von Campact aufgelisteten YouTube-Kanäle auf eine Werbe-Sperrliste zu setzen.
Quelle: Norbert Häring

dazu: **Was man wissen muss, um die Social-Media-Plattform X selbstbestimmt zu nutzen**
Die Plattform X hat in den letzten Monaten durchgreifende Veränderungen vorgenommen. Sie laufen darauf hinaus, die Nutzer immer mehr einem Algorithmus auszuliefern, der für sie entscheidet, was sie zu sehen bekommen. Man kann jedoch einiges tun, um doch noch selbst bestimmen zu können, was man sieht und was man weiterverbreiten möchte.
Quelle: Norbert Häring

Anmerkung Christian Reimann: *Der Meinungskorridor kann durch vielfältige Maßnahmen eingeschränkt werden, wodurch eine Steuerung ermöglicht werden kann bzw. soll.*

15. **Corona-Sterblichkeit: Aus 1 Prozent wurden 0,3**
Die Sterblichkeitsrate variierte während der Pandemie stark. Eine pauschale Angabe verschleierte das Wesentliche. […]
Kaum war Ioannidis' IFR-Schätzung publiziert, veröffentlichten Wissenschaftler vom Imperial College in London – darunter jene, die zu Beginn der Pandemie eine Infektionssterblichkeitsrate von etwa einem Prozent vorhergesagt hatten – ihre eigene Berechnung, basierend auf Antikörper-Studien: In reichen Ländern wie der Schweiz würden schätzungsweise 1,15 Prozent aller Virusträger sterben, lautete ihr erschreckendes Ergebnis. Damit bestätigten die Antikörper-Studien scheinbar, was das Imperial-Team ja schon zu Beginn der Pandemie mit seiner mathematischen Modellierung vorhergesagt hatte.
Doch: Die Imperial-Wissenschaftler hatten nur solche Antikörper-Studien herangezogen, bei denen am Stichtag über 100 Covid-Todesfälle registriert worden waren. Indem sie Studien mit wenig Todesfällen ausklammerten, erhielten sie eine höhere Sterberate. Auf diese Verzerrung machte John Ioannidis im «European Journal of Clinical Investigation» aufmerksam. Die Medienkarawane war da aber schon weitergezogen. Andere Wissenschaftler errechneten ebenfalls höhere Sterberaten, indem sie nicht-repräsentative Studien berücksichtigten und Studien, die eine niedrige IFR fanden, ohne nachvollziehbare Begründung ausschlossen.
Quelle: Infosperber